

Information gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung für die Überwachung des ruhenden Verkehrs

Vorbemerkung

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs gemäß den Anforderungen der DS-GVO.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeinde Vordereifel
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-0
E-Mail: verbandsgemeinde@vordereifel.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Datenschutzbeauftragter der Verbandsgemeinde Vordereifel
Yannick Faßhauer
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-47
E-Mail: datenschutz@vordereifel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die von Ihnen im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs angegebenen/ermittelten personenbezogenen Daten werden von der Verbandsgemeinde Vordereifel ausschließlich zum Zweck der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, sowie der in diesem Zusammenhang stehenden Bearbeitung erhoben und verarbeitet. Eine Verarbeitung für andere Zwecke findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO und aufgrund von § 49c OWiG, des 2. Abschnitts des 8. Buches der StPO und der §§ 35, 56 ff., 66 OWiG erhoben und verarbeitet.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden innerhalb der Verbandsgemeinde Vordereifel nur an die Stellen weitergegeben, die bei der Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten zwingend zu befassen sind.

Ihre Daten werden, soweit dies für die Verfolgung und Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten erforderlich ist an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an:

- die jeweils zuständige Kreisverwaltung/Stadtverwaltung
- Kraftfahrtbundesamt
- ggfls. Firmen (Fahrerermittlungen).

Ihre personenbezogenen Daten werden in kein Drittland übermittelt.

5. Dauer der Speicherung

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden solange gespeichert, wie dies für das Ordnungswidrigkeiten- bzw. das Bußgeldverfahren erforderlich ist bzw. wir aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen hierzu verpflichtet sind. Maßstab hierfür sind die ordnungsrechtlichen Verjährungsfristen gemäß §§ 31 - 34 Ordnungswidrigkeitengesetz.

Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten dürfen auch gespeichert werden, um sie für Zwecke zukünftiger Bußgeldverfahren zu verarbeiten.

Die Aufbewahrungspflichten gemäß Ordnungswidrigkeitengesetz und Empfehlungen des KGSt betragen größtenteils 5 Jahre. Bußgeldbescheide werden bis zu 6 Jahre aufbewahrt.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO). Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Dieter Kugelmann

Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz

Tel. 06131/208-2449

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.